

KONGO

Böse Erinnerung

Nach den Schießereien in der Hauptstadt Kinshasa vor eineinhalb Wochen flammen jetzt auch im Osten des Landes wieder Kämpfe auf. Ugandische Truppen töteten in der vergangenen Woche auf eigenem Staatsgebiet bis zu 60 Rebellen der „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ (ADF). Um diese Truppe aufzureiben, hat Uganda nun auch angedroht, in den Kongo einzumarschieren, denn die ADF operiert aus den bergigen Dschungelgebieten an der Grenze heraus. Sie setzt sich aus muslimischen Extremisten und versprengten Kämpfern einer anderen Miliz zusammen. Ende der neunziger Jahre verübten die Guerilleros Bombenanschläge, auf ihr Konto gehen auch Überfälle auf die Zivilbevölkerung. Nicht selten zwingen die Rebellen Kinder und Jugendliche, an ihrer Seite mitzukämpfen. Derzeit hält die ADF wohl mehrere hundert Mann unter Waffen. Die ugandische Regierung wirft zudem der kongolesischen Armee und der Uno-Truppe Versagen vor. Mehr als 18 000 Uno-Soldaten

haben eigentlich die Aufgabe, die zahlreichen Rebellengruppen im Osten des Kongo zu entwaffnen.

Ein möglicher Einmarsch ugandischer Truppen weckt ungute Erinnerungen und muss in Kinshasa als Provokation verstanden werden. Zwischen 1998 und 2003 hatte Kampala sich in den Bürgerkrieg eingemischt und war vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag dafür zu Reparationszahlungen in Milliardenhöhe verurteilt worden. Uganda war unter anderem der „Verletzung des internationalen Menschenrechts und des humanitären Völkerrechts, der Plünderung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen“ für schuldig befunden worden.



PETER BUSOWIKE / AFP

Ugandische Soldaten, getötete Rebellen

Timoschenko

Kompromisse kaum herumkommen. Selbst der hinter ihm stehende Donezker Stahlbaron Rinat Achmetow warnt, der „endlose politische Kampf“ in der Ukraine führe zu einer „Situation wie 1917“. Dass sich die Janukowitsch-Anhänger so heftig gegen die Parlamentsauflösung wehren, ist auf den ersten Blick kaum nachvollziehbar: Neuwahlen würde die Partei des Premiers derzeit gewinnen – allerdings würde auch die Ikone der orange Revolution und jetzige Oppositionschefin Julija Timoschenko Stimmengewinne verbuchen. Bangen um ihre parlamentarische Zukunft müssten dagegen Handlanger von Oligarchen, die sich in die Werchowna Rada eingekauft haben, sowie die Linken. Sozialistenchef Alexander Moros, inzwischen mit dem Posten des Parlamentschefs belohnt, hatte mit seinem Übertritt ins Lager des Premiers die Krise erst möglich gemacht. Entsprechend heftig geißelt er nun den „Ursurpator“ Juschtschenko: Das Parlament, so Moros trotzig, bleibe bis 2011 im Amt.

ANDORRA

„Totale Öffnung“

Anhaltender Schneemangel in den Pyrenäen macht dem Fürstentum zu schaffen. Im vergangenen Winter kamen zu wenige Touristen, die Haupteinkommensquelle des Landes ist gefährdet. „Unsere Zukunft sieht nicht gut aus“, klagt Carme Sala Sansa, Andorras Botschafterin in Brüssel. „Wir werden weniger Schnee haben, und unsere Firmen sind nicht wettbewerbsfähig.“ Regierungschef Albert Pintat Santolària will deshalb neben Skifahrern vermehrt Unternehmer in sein Land locken. Am liebsten wären ihm Dienstleistungs- und Hightech-Betriebe, für alle anderen „fehlt es uns einfach an Platz“, sagt er. Andorra ist flächenmäßig etwa halb so groß wie Berlin. Die landeseigene Regel, wonach der ausländische Anteil an an-

Skiessort in La Massana



WORLD PICTURES / MAURITIUS IMAGES

dorranischen Firmen auf ein Drittel beschränkt ist, soll vor Sommerbeginn fallen; die Zustimmung des Parlaments gilt als sicher. Andorra wird „total geöffnet“, sagt Botschafterin Sala. Danach will Pintat eine Unternehmensteuer von rund 13 Prozent einführen – dafür sollen nationale Firmen nicht mehr wie bisher in Frankreich und Spanien an den Fiskus zahlen. Ein schwieriger Schritt für das kleine Land, das von seinen Bürgern noch nie direkte Steuern erhoben hat und bisher ohne Finanzämter auskam. Dabei hatte der Liberale Pintat vor zwei Jahren noch versprochen, die Steuerfreiheit beizubehalten, eine Mehrheit der knapp 70 000 Bürger des Fürstentums stimmte deswegen für ihn. Jetzt will der Regierungschef vor allem eines: „die Wirtschaftsleistung bis 2020 verdoppeln“. Woher die Investoren das Geld nehmen, spielt keine große Rolle: Das Bankgeheimnis gilt auch weiterhin.